

Presseerklärung

Aktionsbündnis fordert offene Diskussion über die Ursprungsplanung zur Linie 1

Das Aktionsbündnis „Mut zur Verkehrswende“ begrüßt es, dass die Verwaltung endlich bereit ist, die Ursprungsplanung für die Verlängerung der Linie 1 in den Bezirksvertretungen Senne und Sennestadt vorzustellen. „Von 2011 bis 2018 wurde mit großem Aufwand und unter Beteiligung externer Planungsbüros an dieser Planung gearbeitet.“, erinnert sich Dr. Godehard Franzen vom Sprecherrat des Bündnisses: „Sie wurde 2018 nur dem Staatssekretär des Verkehrsministeriums präsentiert, der sich damals lobend äußerte. Den politischen Gremien und der Öffentlichkeit wurde die Planung dagegen nie vorgestellt. Kurz nach dem Besuch des Staatssekretärs verschwand sie in der Schublade.“ Diese Ursprungsplanung biete, so Franzen, erhebliche Vorteile, insbesondere: deutlich weniger Eingriffe in Privatgrundstücke, mehr Raum für die umweltfreundlichen Verkehrsmittel, stadtverträgliche Straßenraumgestaltung in den Ortslagen von Senne und Sennestadt, erheblich bessere Erfolgchancen beim Planfeststellungsverfahren

Zur Vorbereitung der Diskussion in den Bezirksvertretungen hat die Verwaltung eine vom Dezernenten Gregor Moss unterzeichnete Informationsvorlage vorgelegt. Hierin versucht die Verwaltung zu begründen, warum diese Ursprungsplanung nicht weiterverfolgt wurde. Franzen: „Es löst bei uns Kopfschütteln aus, dass der Dezernent meint, mit zwei mageren Textseiten eine befriedigende Antwort auf die Frage geben zu können, warum die Planung ad acta gelegt wurde.“ Dort heiße es zum Beispiel, dass eine Baulastübernahme durch die Stadt Bielefeld nicht erfolge und vor diesem Hintergrund teilweise andere Planungsparameter maßgeblich seien. Das Aktionsbündnis findet diese Begründung überhaupt nicht nachvollziehbar. „Die Baulast hat mit den Planungsparametern nichts zu tun.“, stellt Norbert Müller vom Aktionsbündnis, früher Geschäftsführer der BGW, fest: „Die Planungsparameter leiten sich aus den städtebaulichen Zielen und der stadträumlichen Situation ab. Die Stadt ist als Trägerin der Planungshoheit verpflichtet, zum Wohle aller zu planen. In den Ortslagen von Senne und Sennestadt muss die ehemalige B68 nicht als Landstraße, sondern als angebauten Stadtstraße neu gestaltet werden. Es kann doch nicht sein, dass die Planungsparameter sich danach richten, wer die Straße besitzt. Das widerspricht allen bewährten Planungsgrundsätzen.“ Im Übrigen sei auch zu fragen, warum die Stadt eigentlich die Baulast nicht übernehme. „Nach unserer Kenntnis gibt es dazu weder einen Bericht an die politischen Gremien über etwaige Verhandlungen mit dem Land noch einen politischen Beschluss.“, kritisiert Franzen.

Die Ursprungsplanung, betont das Aktionsbündnis, habe einen integrativen Planungsansatz verfolgt. Den aufzugeben zugunsten einer rückwärtsgewandten, weitgehend autoorientierten Verkehrsplanung sei unverantwortlich und die genannten Gründe nicht überzeugend. Franzen: „Wenn es Korrekturbedarf bei der Ursprungsplanung gibt, muss man das anpacken. Aber wir halten es für grundfalsch, den ursprünglichen Planungsansatz aufzugeben.“

Die Bezirksvertretung Senne habe einstimmig gefordert, zu den Beratungen die beteiligten externen Planungsbüros hinzuziehen. „Wir sehen darin eine große Chance, zu einer rationalen und transparenten Diskussion zurückzukehren.“, betont Norbert Müller: „Im Hinblick auf die angestrebte Verkehrswende und für die Verbesserung der Lebensqualität in den beiden Stadtbezirken sollte die Ursprungsplanung weiterverfolgt und optimiert werden.“

Sprecher*innenrat des Aktionsbündnis' „Mut zur Verkehrswende“: *Benjamin Angermann, Godehard Franzen, Katja Häckel, Hermann Janßen, Norbert Müller, Roland Tillmann*
Kontakt: *Godehard Franzen, 0172 5366432*